



KTM-Vorstand kassiert trotz Kurzarbeit 1,8 Mio. Euro

KPÖ stimmt als einzige Partei gegen Förderung

Der Wirtschaftsförderungsbeirat des Landes Steiermark hat beschlossen, an den Pierer-Konzern eine Förderung in Höhe von 370.724 Euro auszuschießen. Die KPÖ stimmte als einzige Partei dagegen, da Pierer seine Belegschaft in Kurzarbeit schickte und gleichzeitig 1,8 Mio. Euro Boni an den fünfköpfigen Vorstand auszahlte.

Stefan Pierer bekommt von der öffentlichen Hand weitere 1,483 Millionen Euro Förderung für Investitionen in Kapfenberg. 47,99 Prozent am Pierer-Konzern hält Pierers indischer Partner Rajiv Bajaj über seine Baja Auto International Holding. 51,71 Prozent gehören Stefan Pierer, der mit seiner Mehrheit den Konzern kontrolliert.

Wir erinnern uns: Stefan Pierer schickte die Belegschaft im ersten Lockdown in Kurzarbeit. Die Beschäftigten bekamen bis zu 20 Prozent weniger Lohn und Gehalt. Trotzdem zahlte er 27,11 Millionen Euro Dividende an die Eigentümer aus, somit vor allem an sich selbst bzw. den indischen Teilhaber. Erst nach einem heftigen öffentlichen Aufschrei wurde die Dividende als „Liquiditäts-



Die 500-Euro-Note wird nicht mehr gedruckt. Hohe Bonuszahlungen an Manager und Vorstände finden aber auch in der Krise statt.

stärkung“ zurückgezahlt. Auf die Vorstandsbezüge samt Boni wurde allerdings nicht verzichtet. Allein die Boni für den fünfköpfigen Vorstand – darunter Stefan Pierer selbst – machen 1,8 Millionen Euro aus. Stefan Pierer zählt zu den ÖVP-Groß Spendern.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Es ist unverständlich, dass die öffentliche Hand Konzernen, die Millionengewinne machen und bei denen sich die Vorstandsvorsitzenden Extraboni auszahlen lassen, von der öffentlichen Hand fördern lassen. Es gibt in der derzeitigen Situation viele, die das Geld dringender brauchen würden.“



Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter

KOMMENTAR



Claudia Klimt-Weithaler
Klubobfrau der KPÖ
im Landtag Steiermark

Klimaschutz nur eine leere Phrase?

In Eisenerz soll einer der letzten naturbelassenen Seen des Landes mit einem Chaletdorf verschandelt werden. Das hat der Gemeinderat von Eisenerz beschlossen. Die KPÖ hat als einzige Partei dagegen gestimmt.

Ich habe bei der Umweltlandesrätin nachgefragt und die Information bekommen, dass die Gemeindeaufsicht eingeschaltet ist. Alles andere müsse man abwarten. Da wäre eine klare Positionierung wünschenswert, statt darauf zu hoffen, dass die Behörden das Projekt stoppen.

Was sind all die Phrasen vom Umwelt- und Klimaschutz wert, wenn das Land nicht in der Lage ist, ein solches Projekt ohne lange Umwege zu unterbinden? Durch die Bebauung wäre die einzigartige Landschaft für immer gestört, auch der Erholungswert geht verloren. Eine unberührte Berglandschaft zieht Besucherinnen und Besucher an. Der Leopoldsteinersee sollte vor solchen Plänen bewahrt werden.

Das Gebiet muss dringend unter Schutz gestellt werden, auch um für die Bevölkerung etwas zu bewahren, das viel mehr wert ist als ein paar Ferienhäuser für Begüterte: ein Stück (fast) unbebauter Natur inmitten der steirischen Bergwelt. Es sollte allen ein Anliegen sein, dass unsere Kinder und Enkelkinder das nicht nur in alten Fotobüchern über die Steiermark genießen können.

Claudia Klimt-Weithaler

INHALT

Leopoldsteinersee
in Gefahr Seite 2

Personalmangel
gefährdet Pflege Seite 3

Leopoldsteinersee: Noch besteht Hoffnung!

In Eisenerz soll einer der letzten naturbelassenen Seen des Landes mit einem Chalet-Dorf verbaut werden. Ein entsprechendes Bauprojekt wurde vom Gemeinderat abgesegnet, lediglich die KPÖ stimmte dagegen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler fragte heute im Landtag Umweltlandesrätin Lackner (SPÖ), welche Schritte das Land unternimmt, um den See vor dieser „touristischen Entwicklung“ zu bewahren.

Von den Abteilungen 13 und 15 des Landes Steiermark liegen vernichtende Stellungnahmen zum Bauprojekt vor. In ihrer Stellungnahme vermisst die A13 (Umwelt und Raumordnung) jegliche Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Bauvorhabens auf das Landschaftsschutzgebiet und spricht von einer „wesentlichen Unvereinbarkeit des Projekts mit dem Schutzzweck“. Es wird auch darauf hingewiesen, dass das Planungsgebiet in einer Lawinengefahrenzone liegt, in der „außerhalb des Hauses Gefahr für Leib und Leben besteht“.

„Die Stadtgemeinde Eisenerz wird (...) aufgefordert ggst. Bebauungsplan auszusetzen und das Planungsgebiet (...) in Freiland rückzuführen.“

In ihrer Stellungnahme spricht die A15 (Energie, Wohnbau, Technik) von „einer nachhaltigen und gravierenden Störung der seltenen Charakteristik und Eigenart des Landschaftsraumes“ und verweist auf eine „nicht vorhandenen Baulandeignung“.

Die Eisenerzer KPÖ-Stadträtin Anna

Skender erinnerte daran, dass gerade der unberührte Charakter der Landschaft Besucherinnen und Besucher anzieht – ein stark verbautes Land wird für Erholungsbedürftige zunehmend unattraktiv: „In Eisenerz gibt es genügend leerstehende Gebäude. Voraussetzend wäre es, die Innenstadt zu beleben und die verbliebenen Naturräume zu bewahren, statt die Peripherie zu verbauen.“

Umweltlandesrätin Ursula Lackner (SPÖ) bestätigte am 15. Dezember im Landtag die negativen Stellungnahmen und wies auf die Unvereinbarkeit mit dem Schutz des Landschaftsschutzgebiets hin. Derzeit läuft ein Verfahren nach der Gemeindeordnung, die Aufsichtsbehörde wird sich mit der Gemeinde in Verbindung setzen. Auch ein Verordnungs-

behebungsverfahren werde geprüft, so Lackner. Das Ergebnis müsse abgewartet werden.

KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** bezeichnete die Antwort als enttäuschend – denn lediglich abzuwarten, was langwierige Verfahren ergeben, ist nicht das Engagement, das sich die Bürgerinnen und Bürger erwarten, wenn es um so wesentliche Fragen geht. „Trotzdem besteht noch Hoffnung für den Leopoldsteinersee. Ist ein naturbelassenes Gebiet einmal verbaut, ist der Schaden kaum noch gutzumachen. Eine ‚touristische Entwicklung‘ im positiven Sinn wäre es, den See zu schützen, denn dann würde der Erholungswert für alle erhalten bleiben, ebenso der Lebensraum für Pflanzen und Tiere“, sagt KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**.



Krankenhäuser brauchen mehr Personal!

Es vergeht kein Tag, an dem in den Tageszeitungen nicht Hilferufe aus den steirischen Spitälern zu hören sind. Die Landesregierung beschwichtigt, aber die Krankenhäuser stoßen bei der Aufstockung von Intensivbetten aufgrund des Personalmangels an Grenzen. Ge-

sundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) kann trotzdem keinen Grund für Veränderungen erkennen.

Gab es 1990 noch 8,1 Akutbetten pro 1.000 EinwohnerInnen, so waren es 2017 nur mehr 5,3. Doch ein Intensivbett mit Beatmungsgerät alleine nützt nichts, wenn nicht das dafür nötige hochqualifizierte Personal zur Verfügung steht. Beim Personalstand liegen Österreichs Spitäler mit 6,9 Pflegekräften pro 1000 EinwohnerInnen im internationalen Vergleich im untersten Drittel (OECD-Schnitt: 8,8).

Die KPÖ tritt für eine Abkehr von der Gesundheitspolitik des Landes Steiermark ein. Das erklärte Ziel von Landesrätin Bogner-Strauß ist es, 10 bis 13 Spitalsstandorte zu schließen und insgesamt 950 Betten abzubauen. Dadurch soll die landesweite Versorgung mit weniger Personal aufrechterhalten werden. Doch auch für ein stark zentralisiertes Spitalswesen fehlen die personellen Kapazitäten. Unattraktive Arbeitsbedingungen sowie künstlich verknappte Ausbildungsplätze tragen dazu bei.

Schon im Frühjahr wurde die Gesundheitsversorgung deutlich eingeschränkt, um Kapazitäten für Corona-Notfälle freizuhalten. In den Krankenhäusern der Landesspitalsgesellschaft KAGes müssen seit Monaten immer

wieder nicht unmittelbar lebensnotwendige Operationen verschoben werden. Wieviele Menschen durch nicht zeitgerecht erfolgte Behandlungen zu Schaden kommen, wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. „Die steirischen Krankenhäuser haben nicht zu viele Betten, sie haben zu wenig Personal. Die derzeitige Gesundheitspolitik führt in eine Sackgasse“, sagt KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

Derzeit müssen sogar positiv auf Corona getestete Fachkräfte unter bestimmten Voraussetzungen arbeiten. Das macht deutlich, wie prekär die Lage bereits ist. Die Zahl der Covid-Infektion steigt weiter, die schlimmsten Belastungen stehen den Spitälern noch bevor. Gesundheitslandesrätin Bogner-Strauß bleibt trotz dieser unübersehbaren Probleme bei ihrer Linie: Der Bettenabbau und die Spitalsschließungen müssen vorangetrieben werden, bei den Krankenhäusern handle es sich zum Teil um „überflüssige Infrastruktur“. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass laut einer 2014 veröffentlichten AK-Studie 39 % der Beschäftigten eine beginnende oder bereits fortgeschrittene Burnout-Symptomatik, 5,4 % sogar im klinischen Bereich, aufwiesen. „Dass in dieser Situation nicht massiv in die Ausbildung investiert wird, ist absolut unverstänglich“, so Murgg.

Übergebliebene Tests für Pflegeheime

Die KPÖ fordert, die beim Corona-Massentest übergebliebenen Schnelltests steirischen Pflegeheimen zur Verfügung zu stellen. Dort werden sie am dringendsten gebraucht. Durch regelmäßige Tests kann das Risiko deutlich verringert und somit das Gesundheitssystem entlastet werden.

Die drohende Überlastung der Intensivstationen war auch im Landtag Thema. „Fehlende Betten- und vor allem Personalkapazitäten sind nicht zuletzt Auslöser der Lockdown-Maßnahmen. Auch in Pflegeheimen ist die Anspannung groß, ausreichende Testkapazitäten können die Lage entschärfen“, betont LAbg. **Claudia Klimt-Weithaler**.

Die Steiermark braucht mehr Ausbildungsplätze für Pflege!

Der Personalmangel in den Spitälern und Pflegeeinrichtungen ist in Österreich eklatant. Die KPÖ forderte deshalb im Landtag, die Anzahl der Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Krankenpflege an der

FH Joanneum ab dem nächsten Studienjahr deutlich anzuheben. Von 360 Interessierten wurden 240 abgewiesen, weil nur 120 Plätze zur Verfügung stehen.

Besonders bei den Pflegekräften liegt Österreich im OECD-Vergleich weit zurück: Mit 8 pro 1.000 EinwohnerInnen hat Österreich deutlich weniger Pflegekräfte als Tschechien, Slowenien, Frankreich, Belgien, Irland, Luxemburg und Deutschland (12,8 Pflegekräfte/1000).

Die Situation in der Steiermark ist besonders besorgniserregend, da junge Pflegekräfte fehlen. Von den diplomierten Gesundheits- und KrankenpflegerInnen sind etwa 16 Prozent älter als 50 Jahre, bei den PflegeassistentInnen sogar 33 Prozent. Laut Entwicklungs- und Planungsinstitut für Gesundheit (EPIG) kommt es ohne zusätzliches Personal unweigerlich zu einer Unterversorgung, wenn nicht die Anzahl der Pflegekräfte erhöht und die mobile Pflege ausgebaut wird.

In der Steiermark werden an der Fachhochschule Joanneum ca. 120 Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Krankenpflege angeboten. Für diese 120 Plätze

haben sich zuletzt 360 Personen beworben. Zum Vergleich: In Oberösterreich stehen 340 FH-Studienplätze zur Verfügung, ähnlich ist es in Tirol und Niederösterreich. In Wien werden die Plätze in der diplomierten Gesundheits- und Krankenpflege von 1.300 Ausbildungsplätzen auf 2.300 Plätze erhöht, in der Pflegeassistenten- und Pflegefachassistenten von derzeit 1.100 auf 1.800 Ausbildungsplätze. Bei medizinisch-therapeutisch-diagnostischen Gesundheitsberufen und Hebammen stockt Wien von derzeit 1.300 auf 2.100 Plätze auf. Die Steiermark hat also bei den Ausbildungsplätzen für die gehobene Krankenpflege massiven Aufholbedarf!

KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**: „Mit 120 Studienplätzen kann die Steiermark den Bedarf bei weitem nicht decken. Andere Länder haben ihre Ausbildungskapazitäten deutlich erhöht, bei uns werden zwei Drittel der Bewerberinnen und Bewerber abgewiesen. Ich hoffe, dass die Landesregierung die Notwendigkeit erkennt, mehr Menschen im Bereich Gesundheits- und Krankenpflege auszubilden.“

EHRlich GESAGT



Werner Murgg
Landtagsabgeordneter
der KPÖ Steiermark

So kann es in den steirischen Spitälern nicht weitergehen!

„Wir werden bis aufs Blut ausgebeutet; seit Jahren personell ausgehungert; nicht als Menschen behandelt“ – diese Schilderungen von Bediensteten der steirischen Krankenhausesellschaft KAGes haben Schlagzeilen gemacht. Gesundheitslandesrätin Bogner-Strauß (ÖVP) reagiert wie ihre Vorgänger: Sie redet die Probleme klein und hält an einer Kürzungs- und Zusperrpolitik fest, die das Gesundheitswesen in der Steiermark in die Krise geführt hat.

So kann es in den steirischen Spitälern nicht weitergehen. Die Spitals- und Gesundheitspolitik des Landes muss den Menschen im Land verpflichtet sein, nicht irgendwelchen realitätsfremden Konzepten. Beim Personalstand liegen Österreichs Spitäler im internationalen Vergleich im untersten Drittel. Deshalb sollen immer mehr Abteilungen und Spitäler verschwinden. Das ist aber der verkehrte Weg. Richtig wäre es, die Arbeit attraktiver zu machen und mehr Personal auszubilden. Aber dabei ist die Steiermark Schlusslicht in Österreich.

Es ist Zeit, dass die Landesregierung aus ihrem Tiefschlaf erwacht.

Werner Murgg



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

...dass die Landesregierung mit der **Förderung von Einkaufszentren** dem Einzelhandel in den Rücken fällt. Auch die Feinstaubsituation im Großraum Graz wird verschärft. Bei der Shopping City Seiersberg setzt das Land weiter auf fragwürdige Methoden, um den Betreibern freie Hand beim Ausbau des längst alle gesetzlichen Grenzen überschreitenden Einkaufszentrums zu lassen. Die so genannte Einzelhandlungsstandortverordnung ersetzt eine rechtswidrige Regelung, laut der die Verbindungen zwischen den Gebäuden zu „öffentliche Straßen“ erklärt wurden.

...dass auch Anbieter von **Glücksspiel-Automaten** Anspruch auf staatliche Corona-Unterstützung haben: Unternehmen erhalten bis zu 80 Prozent des Umsatzes ersetzt, maximal 800.000 Euro. Die KPÖ ist gegen jede Förderung dieser Branche und fordert den Ausstieg aus dem Automatenglücksspiel. „Das ist Missbrauch von öffentlichem Geld“, kritisiert KPÖ-Vorsitzende Claudia Klimt-Weithaler.

...dass ÖVP und SPÖ alle **Vorschläge der KPÖ im Landtag zur Verbesserung der Personalsituation in den Spitälern** ohne Diskussion abgelehnt haben.

„**Hände weg vom Sonntag!**“ – Das sagen die KPÖ und der Gewerkschaftliche Linksblock zur Forderung der Wirtschaft, die Geschäfte am Sonntag zu öffnen.

...dass der steirische Personallandesrat Drexler (ÖVP) „enttäuscht“ war, dass es **keine Nulllohnrunde** für die Beschäftigten in den Pflegeheimen und Krankenhäusern gibt.

...dass sich am **Tag der Rechte der Menschen mit Behinderung** viele Betroffene an einem Online-Aktionstag von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler beteiligt haben und sehr interessante Beiträge geliefert haben.

Werner Murgg (KPÖ) zum Landesbudget 2021: „Kein Fahrplan in die Zukunft“

Für Bedürfnisse der Bevölkerung ist zu wenig Geld vorhanden

In der Budgetdebatte des Landtags Steiermark zum Landeshaushalt 2021 hielt LABg. Werner Murgg die Budgetrede für die KPÖ. Die beiden Abgeordneten der KPÖ stimmen gegen den Budgetentwurf, der „kein Fahrplan in die Zukunft ist, sondern die Fortschreibung eines mangelhaften Systems“.

Es gibt zwei Möglichkeiten, das Budget zu stabilisieren: Durch „Sparen“ oder durch Mehreinnahmen. Wer sparen will, muss auch sagen, wo das passieren soll. Die Ausgaben des Landes sind im Großen und Ganzen hochvernünftig, auch wenn man über Details streiten kann. Sonst wäre das Leben im Land gar nicht aufrecht zu erhalten. Man müsste im Interesse der Bevölkerung mehr ausgeben, nicht weniger, denn in der Gesundheit, in der Pflege, beim Verkehr, im Sozialbereich gibt es überall zu wenig Geld, um eigentlich drin-

gend nötige Maßnahmen zu finanzieren.

Auch ein Kürzen der Förderungen, wie es die FPÖ fordert, kann nicht zum Ziel führen: 62 % der Fördersumme fallen in die Bereiche Bildung, Gesundheit, Energie, Wohnbau. Wenn wir die streichen, kommt es zu massiven Problemen. Die Wohnunterstützung geht zurück, trotz enorm steigender Wohnkosten. Die Mindestsicherung (0,8 Prozent des Budgets) stagniert, obwohl in der Coronakrise viele existenzielle Probleme haben. In der Pflege herrscht ein alarmierender Personalmangel. „Wir steuern auf schwierige Situation im Pflegebereich, aber auch bei den Ärzten zu“, so der vorsichtig formulierende KAGes-Vorstand Fartek. – Dieses Budget ist kein Fahrplan in die Zukunft, sondern immer nur Fortschreibung eines mangelhaften Systems.

Wo soll also gespart werden, um 600 Millionen weniger auszugeben? Es liegt auf der Hand, dass sich das Land ohne eine bessere finanzielle Basis in keine positive Richtung entwickeln kann. Bei den Einnahmen muss angesetzt werden: Das Land ist zu 98 % vom Bund abhängig. Etwa

43 % stammen aus dem Finanzausgleich, die Differenz sind reine Durchläufer, auf die das Land ohnehin keinen Einfluss hat. Wo kommt das restliche Geld her? Die wichtigsten eigenen Einnahmen des Landes, die Gemeindeumlage und die Dividende der Energie Steiermark, gehen durch die wirtschaftliche Situation stark zurück. Wir brauchen aber mehr Einnahmen, wenn Bereiche wie Bildung, Verkehr und Gesundheit nicht zusammenbrechen sollen.

Wie realistisch ist eine Tilgung der Schulden? Angenommen, das Land wolle die Hälfte der Schulden zurückzahlen und zahlt jährlich 130 Mio. Euro zurück, wie es 2019 in einem wirtschaftlich außergewöhnlich guten Jahr gelungen ist. Selbst unter diesen Umständen würde es 21 Jahre (!) dauern, um nur 50 % zurückzahlen.

Das Problem besteht weniger in den Schulen, denn mit 1,5 % der Ausgaben sind die Zinszahlungen durchaus tragfähig. Das Problem besteht darin, dass es einnahmenseitig kaum Spielräume gibt, dafür werden Ländern und Gemeinden immer neue Aufgaben zugewiesen. Dafür

muss sich bei Ertragsanteilen des Bundes endlich etwas ändern müssen. Letzte Neuverhandlung war eine Blamage für die Steiermark. Wir müssen endlich über den Tellerrand hinausschauen und den Haushalt strukturell so ordnen, dass automatisch wachsende Ausgaben (etwa in der Gesundheit) vom Auftraggeber, dem Bund, auch abgegolten werden.

Im Stich gelassen werden die Gemeinden, etwa durch die Erhöhung der Beiträge für Pensionen und Abfertigungen für Gemeindebedienstete. Statt den Gemeinden zu helfen, werden ihnen neue Kosten aufgebürdet.

Ohne eine Neugestaltung des Finanzausgleichs mit dem Bund und ohne neue Einnahmen kann es zu keiner Stabilisierung der Landesfinanzen kommen.

Polit-Gehälter senken. Alle Parteien gegen KPÖ-Antrag

Die steirische KPÖ fordert in der Landtagssitzung am 15. Dezember 2020, die Spitzenbezüge der Politiker in der Steiermark um 30 Prozent zu senken. Alle anderen Parteien stimmten gegen den Antrag. Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ behalten maximal 2300 Euro aus ihren politischen Bezügen, der Rest wird Menschen in Notlagen zur Verfügung gestellt.

Die Realität ist: Die Abgeordneten im steirischen Landtag waren 2020 vom steirischen Jahres-Durchschnittseinkommen (31.579 Euro) mit 82.726 Euro brutto weit entfernt.

Alle anderen Parteien im Landtag – Grüne, FPÖ, ÖVP, SPÖ und NEOS – lehnten den Antrag der KPÖ ab.

Die Bezüge steirischer SpitzenpolitikerInnen 2021:

Landeshauptmann	€ 17.533
LH-Stellvertreter	€ 16.610
Mitglied der Landesregierung	€ 15.688
Erste Landtagspräsidentin	€ 12.458
Klubobleute	€ 11.535
Abgeordnete zum Landtag	€ 5.998



Der KPÖ-Landtagsklub wünscht erholsame Weihnachtstage, Gesundheit und ein gutes neues Jahr 2021